Antrag

der Fraktionen der CDU und F.D.P.

Gesundheitspolitische Aktivitäten der Landesregierung zur BSE-Problematik / neue Variante der Creuzfeld-Jacob-Krankheit sowie gesundheitspolitische Konsequenzen aus dem Auftreten von BSE

Die Landesregierung wird gebeten,

dem Landtag in seiner März-Sitzung einen Bericht über den Stand der BSE-Forschung und –Erkenntnisse sowie über die neue Variante der Creuzfeld-Jacob-Krankheit (vCJC) vorzulegen.

Der Bericht soll vor allem Angaben darüber enthalten,

- welche Erkenntnisse über die Ursachen der Erkrankungen vorliegen;
- wie die Ansteckungswege und -gefahren verlaufen;
- in wie weit Landesinstitute, Bundes- und europäische Institute an Forschungsvorhaben zu BSE/neue Variante Creuzfeld-Jacob-Krankheit beteiligt sind und welche Ergebnisse bisher vorliegen;
- welche Forschungsergebnisse bzw. medizinische Erkenntnisse auf europäischer Ebene (soweit vorhanden, auch weltweit) vorliegen und wie diese in Deutschland genutzt werden:
- was die Landesregierung zu tun gedenkt, um die Bevölkerung zur neuen Variante der Creuzfeld-Jacob-Krankheit/BSE-Problematik aufzuklären:
- welche konkreten Maßnahmen auch in der Landesverwaltung und nachgeordneten Behörden/Ebenen – unter dem besonderen Gesichtspunkt eines stärkeren Schutzes der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seitens der Landesregierung eingeleitet sind bzw. veranlasst werden;

- welche Unterstützung seitens der Landesregierung zur Verstärkung der BSE-Forschung/der neuen Variante der Creuzfeld-Jacob-Krankheit gegeben worden bzw. vorgesehen sind;
- welche Initiativen auf Bundesebene und europäischer Ebene seitens der Landesregierung beabsichtigt sind.

Des weiteren sollen insbesondere Dringlichkeit und Notwendigkeit – nach Auffassung der Landesregierung - der folgenden Themenkomplexe Berücksichtigung finden:

- Screening menschlicher Operationspräparate lymphatischen Gewebes von Mandelund Blinddarmoperationen sowie Nabelschnüren auf pathologisches Prionen-eiweiß mit dem Ziel der Feststellung des vCJD-Risikos sowie der Erforschung der Inkubationszeit;
- Obduktion von Amts wegen bei allen Todesfällen, die als unklare Hirnatrophie, Demenz, Senilität, Alzheimer, Pick und andere neurologische ZNS-Erkrankungen verzeichnet werden, zur exakten Filterung und Feststellung der Verbreitung von vCJD-Erkrankungen;
- Produktionsumstellung von Impfmaterial, das auf bovinen Vakzinen beruht auf Ersatzstoffe, um das potentielle Risiko der Übertragbarkeit auszuschließen;
- Generelles Verbot des Einsatzes von Gelatineausgangsstoffen oder deren Zwischenprodukten, die aus Rindern und Schweinen gewonnen werden, bei der Lebensmittelund Arzneimittelproduktion sowie der Kosmetikherstellung.
 Umstellung der Gelatineproduktion auf Kartoffelstärkebasis, um potentielle Übertragungsrisiken auszuschließen;
- Notwendigkeit neuer Methoden zur Desinfektion von Operationsbesteck und anderen medizinischen Instrumenten;
- Verbot von Blutspenden durch Personen, die sich in Anlehnung an analoge Regelungen in den USA, Kanada, Australien und Neuseeland in den Jahren 1984 bis 1996 in Großbritannien und Irland aufgehalten haben, um das potentielle Risiko der Übertragbarkeit durch Blut bei Transfusionen zu senken;
- Verbot von Schlachtmethoden, bei denen nicht sichergestellt ist, dass infektiöses Material der Hirnmasse in die Blutbahn gelangt;
- Änderung der Verfütterungsverbots-Verordnung vom 27.12.2000 mit dem Ziel, das Verbot auf alle Tiere zu erstrecken.

Werner Kalinka und Fraktion

Dr. Heiner Garg und Fraktion